



**Stadt Bern**

Direktion für Sicherheit  
Umwelt und Energie

Medienkonferenz „Nachtleben-Konzept in der Vernehmlassung“ vom Freitag, 14. September 2012,  
9 Uhr, Festsaal Erlacherhof

## REFERAT VON GEMEINDERAT RETO NAUSE

*Es gilt das gesprochene Wort*

Geschätzte Medienschaffende

Die einen wollen Ruhe, die anderen wollen feiern: auf diese Kurzformel lässt sich der Konflikt im Berner Nachtleben der letzten Monate reduzieren. Diesen Konflikt zu lösen, ist nicht einfach. Denn klar ist: Bern soll beides haben. Wir wollen ein lebendiges Miteinander, wo unterschiedliche Bedürfnisse Platz haben.

Wir haben in den letzten Wochen eine Auslegeordnung gemacht und all die zahlreichen Ideen und Inputs, die von verschiedener Seite an uns herangetragen wurden, gesammelt, analysiert und auf ihre grundsätzliche Machbarkeit überprüft. 15 Massnahmen sind am Schluss übriggeblieben. Wir setzen auf bestehende Massnahmen, die sich bewährt haben, wie das Security-Konzept. Wir wollen aber auch neue Massnahmen ausprobieren, wie z.B. der Jugendkompass.

Wie Sie sehen können, handelt es sich beim Konzept Nachtleben um einen Mix an unterschiedlichsten Massnahmen. Wir haben darauf geachtet, dass sie ausgewogen sind: Alle Beteiligten – Anwohnende, Clubs, Nachtschwärmerinnen und Nachtschwärmer – sollen davon einen Nutzen haben, sie sollen aber auch in die Verantwortung genommen werden.

Die Massnahmen decken also viele Bereiche des öffentlichen Lebens ab. Sie haben aber auch ganz unterschiedliche Zeithorizonte. Die einen Massnahmen können rasch umgesetzt werden, etwa die Jugendbewilligung. Der Gemeinderat erachtet es als wichtig, bereits nach ein bis zwei Jahren erste Erfolge zu erzielen. Wir wollen nicht warten bis der Bund das Lärmschutzgesetz geändert und das Volk einer Überbauungsordnung zugestimmt hat. Er schlägt aber auch Massnah-

men vor, die längere Zeit in Anspruch nehmen, wie zusätzliche Toilettenanlagen oder die Überprüfung der Bauordnung. 8 Massnahmen könnten kurzfristig realisiert werden, also in 1-2 Jahren, 4 mittelfristig (2-5 Jahre) und 3 langfristig (mehr als 5 Jahre).

Diese Angaben zum Zeithorizont sind wichtig. Genauso wie bei den Kosten, ist auch bei der Umsetzung Transparenz gefragt. Für Gesetzesänderungen muss mit längeren Zeiträumen gerechnet werden. Ebenso überall dort, wo es eine Volksabstimmung braucht. Denn Fakt bleibt: In zentralen Bereichen wie den Lärmvorschriften oder dem Gastgewerbegesetz, ist der Handlungsspielraum der Stadt beschränkt. Für den Gemeinderat ist klar, dass das Konzept Nachtleben nur funktioniert, wenn alle Beteiligten die Massnahmen unterstützen. Wir wollen keinen Papiertiger.

Zentral ist, dass nun erstmals konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen, die diskutiert werden können. Nun ist es an den Betroffenen – Anwohnerinnen und Anwohner, Verbänden, Parteien, Kulturinstitutionen – sich einzubringen. Dann wird sich zeigen, welche Projekte die nötige Unterstützung erhalten und weiterverfolgt werden können.

Ziel ist, nach Abschluss der Vernehmlassung ein breit abgestütztes Massnahmenpapier zu haben, das zur Lösung der Problematik beiträgt und einen echten Mehrwert für das Berner Nachtleben bietet.

### **Die Massnahmen:**

Ich möchte Ihnen nun die Massnahmen präsentieren. Die Details entnehmen Sie bitte dem Konzept. Deshalb werde ich nun auch nicht Massnahmen 1 bis 15 im Detail durchgehen. Hier nur ein paar Erläuterungen, nicht nach Zeithorizont geordnet, sondern nach Themen. Natürlich haben die meisten Massnahmen mehrere Auswirkungen, man könnte sie auch etwas anders ordnen. Ich möchte aber folgende vier Bereiche nennen:

1. Littering, Vandalismus verringern
2. Dialog fördern
3. Lärm verringern
4. Rahmenbedingungen verbessern

## 1. LITTERING, VANDALISMUS VERRINGERN

Wir sehen mehrere Massnahmen vor, welche Littering und Vandalismus, aber auch den Lärm vermindern sollen. Dazu gehören:

- Massnahme 1: Ausweitung des Security-Konzepts
- Massnahme 6: Reinigung und Repression
- Massnahme 10: Zusätzliche Toilettenanlagen
- Massnahme 12: Reduktion des Alkoholkonsums im öffentlichen Raum

### **Massnahme 1: Ausweitung des Security-Konzepts**

Das Security-Konzept in der Aarberggasse, Neuengasse, Genfergasse und Speichergasse hat sich bewährt. Es ist breit abgestützt und praxisorientiert. Das Projekt soll auf das ganze Stadtgebiet ausgedehnt werden und zum Standard werden. Eine Überzeitbewilligung soll zukünftig nur erhalten, wer ein auf den Betrieb zugeschnittenes Security-Konzept vorlegt. Zum Security-Konzept finden Sie mehr auch im Anhang des Papiers.

### **Massnahme 6: Reinigung und Repression**

Die Stadt möchte sowohl Reinigung wie auch Repression verstärken. Sollte der Littering-Pilotversuch mit zwei Clubs in der Aarberggasse erfolgreich sein, dann soll er ausgedehnt werden. Dieser wurde im Mai 2012 gestartet und wird im Oktober 2012 ausgewertet. Die Stadt stellt den Clubs speziell markierte Abfallcontainer zur Verfügung, welche von diesen während der Nacht in der Gasse aufgestellt und betreut werden.

Die Stadt hat in der Innenstadt bereits von April bis Oktober eine Abendreinigung eingeführt. Sie ist von 19 – 23 Uhr unterwegs. Geprüft wird nun eine nächtliche Zusatzreinigung. Geklärt werden müssen aber insbesondere die Fragen nach der Finanzierung und der Sicherheit. Gleichzeitig soll aber auch konsequent gebüsst und angezeigt werden, wer den öffentlichen Raum verunreinigt oder Reinigungspersonal angreift. Das ist leider immer häufiger der Fall.

### **Massnahme 10: Zusätzliche Toilettenanlagen**

An Lagen, die stark durch das Nachtleben geprägt sind, befinden sich teils keine oder kaum Toilettenanlagen (siehe „Übersichtsplan Nachtleben Innenstadt“). Dies hat zur Folge, dass – vor allem männliche – Besuchende häufig in Laubengänge, verwinkelte Gassen und auch in Gebäudeeingänge urinieren. Die Stadt reinigt bereits freiwillig und auf eigene Rechnung die Laubengänge, obwohl sich diese in Privateigentum befinden (jährliche Kosten von rund 100 000 Franken). Nun soll geprüft werden, wo das Angebot

an Toilettenanlagen in der Innenstadt ausgebaut werden kann. Ein Pilotversuch mit einer mobilen Urinierstation im Sommer 2011 auf dem Perimeter Waisenhausplatz war allerdings wenig erfolgreich. Die Anlage wurde nur mässig gebraucht und war mehrfach Ziel von Vandalismus. Im Zentrum stehen deshalb neue Modelle, wie in den Boden versenkbare Pissoirs, welche während der Nacht hochgefahren werden können. Diese kommen z.B. in St. Gallen, Köln, London oder Rotterdam zum Einsatz.

### **Massnahme 12: Reduktion des Alkoholkonsums im öffentlichen Raum**

Übermässiger Alkoholkonsum ist ein zentraler Auslöser von vielen Problemen im Nachtleben, wie Lärm, Gewalt, Vandalismus oder Littering. Erfahrungen zeigen, dass der Konsum von Alkohol reduziert werden kann, wenn dieser weniger einfach zugänglich gemacht wird. Die Stadt setzt sich deshalb dafür ein, dass alkoholische Getränke ausserhalb von Gastgewerbebetrieben nach 20 Uhr nicht mehr verkauft werden dürfen. In der Verantwortung stehen hier aber vor allem der Bund und der Kanton Bern, welche die Rahmenbedingungen per Gesetz definieren.

## **2. DIALOG FÖRDERN**

Das Konzept als Ganzes soll das Miteinander und den Dialog fördern, soll die Akteure besser vernetzen. Das Konzept sieht aber dazu auch konkrete Massnahmen vor. Dazu gehören unter anderem:

- Massnahme 1: Security-Konzept.
- Massnahme 2: Städtische Mediationsstelle
- Massnahme 7: Erfahrungsaustausch fördern

### **Massnahme 1: Security-Konzept.**

Ein Ereignistelefon und Round Table Gespräche sind Bestandteil davon.

### **Massnahme 2: Städtische Mediationsstelle**

Die Stadt vermittelt bereits heute zwischen Clubbetreibenden auf der einen und Anwohnerinnen und Anwohnern auf der anderen Seite. Wenn sich die Klagen häufen, dann lädt das Polizeiinspektorat die Clubbetreibenden zu einem Gespräch ein, um nach Lösungen zu suchen und sie nötigenfalls zu ermahnen. Diese Vermittlungsrolle soll systematisiert und zu einer Mediationsstelle ausgebaut werden. Ziel ist, rasch und persönlich auf Beschwerden zu reagieren und beide Seiten bei der Lösungssuche miteinzubezie-

hen. Ziel ist auch, die Rücksichtnahme und das konfliktfreie Nebeneinander zu fördern und zu verhindern, dass ein Konflikt eskaliert.

### **Massnahme 7: Erfahrungsaustausch fördern**

Die Auswüchse des Nachtlebens sind in allen grösseren Städten ein Problem. Die Stadt Bern hat deshalb das Thema in den Städteverband eingebracht und Mitte Juli 2012 zu einer Arbeitsgruppensitzung eingeladen, wo ein erster Erfahrungsaustausch stattgefunden hat. Die Stadt Bern möchte diesen Austausch weiter führen.

Ziel ist, mit den gesammelten Erfahrungen Empfehlungen für Praxis und Politik zu formulieren. Probleme, die auf Bundesebene gelöst werden, sollen definiert und gemeinsam angegangen werden.

## **3. LÄRM VERMINDERN**

Das Konzept sieht Massnahmen vor, um den Lärm zu vermindern. Dazu gehören:

- Massnahme 1: Security-Konzept.
- Massnahme 9: Ausbau Moonliner
- Massnahme 11: Flexibilisierung der Öffnungszeiten

### **Massnahme 1: Security-Konzept.**

Darin sind auch Massnahmen zur Verminderung von Aussenlärm enthalten.

### **Massnahme 9: Ausbau Moonliner**

Ergänzend zum bestellten ÖV-Angebot existiert seit 1998 das Moonliner-Netz. Mit einer Abfahrt (01.15 Uhr) am Donnerstag, und 3 Abfahrten am Freitag und Samstag (01.15, 02.30 und 03.45 Uhr) wird ein grosser Teil des Kantons abgedeckt. Die Stadt Bern schlägt vor, im Rahmen der Regionalkonferenz abzuklären, inwieweit ein Bedürfnis besteht, dieses Angebot auszubauen. Ziel ist, dass die Gäste Bern verlassen können, wenn sie genug vom Nachtleben haben und nicht noch in der Stadt Zeit totschlagen müssen.

### **Massnahme 11: Flexibilisierung der Öffnungszeiten**

Heute schliesst die Mehrheit der Clubs mit Überzeitbewilligung um 3.30 Uhr. Damit strömen die Besucherinnen und Besucher alle zur selben Zeit auf die Gasse, was zu Lärm und nicht selten zu Konflikten unter den Clubbesuchenden führt. Mit einer Flexibilisierung der Öffnungszeiten könnten die Clubs mit Überzeitbewilligung ihre Schliesszeit

ten selbst bestimmen. Die Stadt Bern setzt sich dafür ein, dass die Abschaffung der Polizeistunde für Betriebe mit Überzeitbewilligung auf kantonaler Ebene geprüft wird, allenfalls auch in einem Pilotversuch. Aussenbestuhlungen würden auch in Zukunft um 0.30 Uhr schliessen.

## **RAHMENBEDINGUNGEN VERBESSERN**

Das Konzept sieht Massnahmen vor, um die Rahmenbedingungen zu verbessern. Dazu gehören:

- Massnahme 3: Lokalvermittlung und Raumbörse für Zwischennutzungen
- Massnahme 4: Jugendbewilligung
- Massnahme 5: Offene Parks
- Massnahme 8: Jugendkompass
- Massnahme 9: Ausbau Moonliner
- Massnahme 13: Bewilligung für Gastgewerbe kommunalisieren
- Massnahme 14: Überprüfung Bauordnung
- Massnahme 15: Anpassung der Lärmvorschriften

### **Massnahme 3: Lokalvermittlung und Raumbörse für Zwischennutzungen**

Die Stadt hat zwei verschiedene Datenbanken für Liegenschaften: Der Wirtschaftsraum Bern führt eine Datenbank mit verfügbaren, freien Flächen und die Liegenschaftsverwaltung betreut ein umfangreiches Immobilienportfolio. Künftig soll der Wirtschaftsraum Bern Anlaufstelle für interessierte Restaurant- oder Club-Betreibende sein. Ziel ist, in einer Vorabklärung rasch und unkompliziert prüfen zu lassen, unter welchen Bedingungen sich eine Lokalität für die angedachte Nutzung eignet. Ziel ist weiter, die Zwischennutzungen von Räumen zu erleichtern.

### **Massnahme 4: Jugendbewilligung**

Der Stadt ist es ein Anliegen, dass Jugendlichen und jungen Erwachsenen Partys im Freien im Rahmen eines vereinfachten und unkomplizierten Bewilligungsverfahrens ermöglicht werden. Bis im Frühsommer 2013 soll deshalb eine Jugendbewilligung analog dem Beispiel der Stadt Zürich geschaffen werden. Als Nächstes gilt es abzuklären und aufzulisten, wo die Stadt über geeigneten öffentlichen Grund ausserhalb des Stadtzentrums verfügt. Abgeklärt wird auch, wie private Besitzerinnen und Besitzer, wie zum Beispiel die Burgergemeinde, welche einen Grossteil des Waldes besitzt, miteinbezogen werden können. Ziel ist, über eine Ansprechperson die Sicherheit und Sauberkeit von

Outdoor-Partys ausserhalb der Innenstadt zu verbessern und die Zahl illegaler Partys zu verringern.

#### **Massnahme 5: Offene Parks**

Die öffentlichen Park- und Grünanlagen wie Rosengarten, Aareraum, Bundesterrasse, Kleine und Grosse Schanze sind in den Abend- und Nachtstunden beliebte Treffpunkte, insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene. Die Grünanlagen sollen trotz Littering und Vandalismus weiterhin 24 Stunden zugänglich bleiben (Ausnahmen: Müsterplattform, Garten Neues Schloss Bümpliz). Seit dem Jahr 2010 werden die rund 17 wichtigsten Grünanlagen auch am Samstag und Sonntag gereinigt. Wo möglich soll eine Organisation vor Ort unterstützt werden, damit die Grünanlagen richtig genutzt und bei Problemen rasch eine Lösung gefunden wird, wie derzeit in der Parkanlage Brännengut. Illegale Partys mit grösseren Menschenansammlungen und Musik werden dagegen nicht geduldet und Littering konsequent bestraft. Ziel ist, den Jugendlichen den Aufenthalt an Orten zu ermöglichen, wo kein Konsumzwang besteht, und gleichzeitig die negativen Auswirkungen durch gezielte Kontrolle zu minimieren.

#### **Massnahme 8: Jugendkompass**

Für die Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren besteht eine Angebotslücke im Nachtleben, insbesondere an Orten ohne Konsumzwang. Die Stadt prüft deshalb, wie die Angebote für Jugendliche gebündelt und besser bekannt gemacht werden können.

#### **Massnahme 9: Ausbau Moonliner**

Diese Massnahme habe ich oben bereits erläutert.

#### **Massnahme 13: Bewilligung für Gastgewerbe kommunalisieren**

Im Bewilligungsverfahren sind derzeit zwei Ebenen involviert, die Stadt und das Regierungsverwaltungsrat. Auch wenn diese Trennung Vorteile bringt, so hat sie doch den Nachteil, dass das Verfahren dadurch etwas schwerfällig wird. Die Stadt Bern hätte mehr Handlungsspielraum, wenn sie das heute kantonal geregelte Gastgewerbe selbst regeln und vollziehen könnte. Sie unterstützt deshalb den dazu eingereichten Vorstoss auf kantonaler Ebene, in welchem eine Anpassung des kantonalen Gastgewerbegesetzes gefordert wird.

Die Massnahmen 14 und 15 zur Bauordnung und zu den Lärmvorschriften stellt Ihnen nun der Stadtpräsident vor. Sie betreffen ebenfalls die Rahmenbedingungen.